

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Haube & Co.,
Invalidentenkasse.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertunddritter

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Haube & Co.,
Invalidentenkasse.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Nr. 265

Donnerstag, 16. April.

1896

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 15. April, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist ein Antrag Brütt (frk.) und Frhr. v. Jeditz (frk.) betr. die Regelung der Verhältnisse der Angestellten der öffentlichen Bediensteten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Lehrerbeförderungsgesetzes.

Bei § 1, der bestimmt, daß das Dienstverhältnis der Lehrer aus dem Grundgehalt, den Alterszulagen und der Dienstwohnung oder entsprechender Mietzinsbefreiung besteht, führt

Abg. Latacz (Ctr.) aus: Im Prinzip sind wir mit der gesetzlichen Regelung der Lehrerbeförderung einverstanden, denn damit hört die bisherige prinzipielle Willkür in der Gehaltsfestsetzung auf, der Lehrer bleibt seinem Ort dauernd erhalten. Daraus entwickelt sich das gute patriarchalische Verhältnis, wie es im Interesse der Erziehung der Kinder notwendig ist.

§ 1 wird darauf einstimmig angenommen.
§ 2 setzt das Grundgehalt auf mindestens 900 Mark für Lehrer und 700 Mark für Lehrerinnen fest.

Abg. von Seydebrand (konf.): Meine Freunde sind mit den Beschlüssen der Kommission einverstanden und werden dem Gesetz auf dieser Grundlage ihre Zustimmung erteilen. Zu wünschen wäre allerdings, daß etwas mehr Rücksicht auf die armen leistungsfähigen Landgemeinden genommen werde.

Ministerdirektor Dr. Küster: Die Absicht der Regierung geht keinesfalls dahin, daß die armen Landgemeinden über Gebühr bedrückt werden. Die Unterrichtsverwaltung ist im Gegenteil bemüht, denjenigen Landbestellen, welche gegenwärtig besonders schwere Lasten zu tragen haben, nach Möglichkeit entgegenzukommen und dafür zu sorgen, daß nur sehr geringe Ansprüche an die Gemeinden gestellt werden, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Von der Staatsregierung sind 400 000 Mark in Aussicht genommen, welche den ärmeren Landbestellen überwiesen werden sollen. Für ganz kleine Gemeinden werden die sämtlichen notwendigen Mehrausgaben von der Staatskasse übernommen. Es ist auch nicht die Absicht der Regierung, den ärmeren Gemeinden jetzt den Staatszuschuß zu nehmen, denn viele Gemeinden haben ihren Etat danach eingerichtet, und wenn man ihnen in dem Augenblicke, wo für die Schule größere Ansprüche als bisher an die Gemeinden gestellt werden, den Staatszuschuß nehmen wollte, so würde das sicher eine große Härte sein.

Abg. Frhr. v. Jeditz (frk.) erklärt, daß seine Freunde zu der Regierung das Vertrauen hätten, daß sie alle Bedrückungen von den Gemeinden fernhalte. Der § 2 wird allerdings wohl kaum die Zustimmung der Lehrer finden, denn das darin festgesetzte Grundgehalt ist doch nur ein kümmerlicher Notbehelf. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt aber nicht in dem Grundgehalt, sondern in der späteren Bestimmung, daß die Lehrer jetzt endlich einen gesetzlichen Anspruch auf Alterszulagen haben.

Abg. Dr. Dietrich (Ctr.): Das Grundgehalt von 900 M. in Verbindung mit den unendlich steigenden Alterszulagen gewährt wenigstens für besonders billige Orte den Lehrern ein ausreichendes Gehalt, und deshalb werden auch wir dem ersten Absatz des § 2 zustimmen.

Der zweite Absatz des § 2, der bestimmt, daß den Lehrern oder den Lehrern, die eine „leitende Stellung“ einnehmen (Hauptlehrern), ein höheres Grundgehalt nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse gewährt wird, ist für mich nicht annehmbar, und ich bitte deshalb den Präsidenten, über die beiden Absätze des § 2 getrennt abstimmen zu lassen.

Abg. Richter (frk.): Die Äußerungen des Ministerdirektors sind dahin ausulegen, daß die Regierung mit äußerster Vorsicht bei der Entziehung der Staatszuschüsse vorgehen wird, ich will aber wie der Abg. v. Seydebrand überhaupt keine Entziehung und bitte den Finanzminister, eine dahingehende Erklärung abzugeben. Das Grundgehalt ist zu minimal bemessen, ich habe mich aber in der Kommission überzeugt, daß eine Erhöhung zur Zeit nicht möglich ist. Offensichtlich ist die Zeit nicht fern, wo der Finanzminister seinen Sattel etwas weiter aufhauen wird.

Minister Dr. Boffe: Eine Aufbesserung des Minimalgehalts ist jetzt ganz unmöglich. Die Erklärung des Ministerdirektors war so vorsichtig und genügend, daß ich darüber nicht hinausgehen kann. Wir werden nie einen Zuschuß entziehen, außer wo die Leistungsfähigkeit ganz zweifellos ist.

Abg. Knörcke (frk.): Aus der Erklärung des Ministers geht hervor, daß vorläufig gar nicht daran zu denken ist, daß der Finanzminister seinen Sattel etwas weiter aufhauen wird. Der Schwerpunkt des Gesetzes soll ja auch nach der Meinung der Regierung nicht in dem Grundgehalt, sondern in den Alterszulagen liegen. Aber das sollte uns doch nicht abhalten, ein angemessenes Grundgehalt festzusetzen. Wir stehen in dieser Beziehung hinter vielen anderen Staaten weit zurück. Außerdem handelt es sich ja gar nicht um eine Erhöhung des Gehaltes sämtlicher Lehrer, sondern nur derjenigen, die am schlechtesten gestellt sind. Im allgemeinen ist aber die Beförderung unserer Volksschullehrer eine so geringe, daß eine durchgreifende Veränderung am Platze wäre. Indes wie die Dinge einmal liegen, werden wir eine solche Erhöhung des Grundgehaltes nicht durchsetzen können, und ich sehe deshalb von der Stellung eines dahingehenden Antrages ab. Es war mir höchst interessant, vom Regierungssitz die Erklärung zu hören, daß die Regierung sich selbst sagt, es mache einen sehr üblen Eindruck in den betreffenden Gemeinden, wenn die Staatszuschüsse entzogen werden, und daß sie deshalb nur mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen will. Es ist doch merkwürdig, daß diese Einsicht nur dann am Regierungssitz Platz greift, wenn es sich um Landgemeinden handelt, daß aber bei den Staatszuschüssen an die Städte eine ganz andere Anschauung zu Tage tritt. In dieser Beziehung fühle ich mich auf meine in der Empfindung bedürftig, daß man vom Ministerialisch den Landgemeinden ein ganz dankenswerthes Wohlwollen entgegenbringt, den Städten hingegen nicht in demselben Maße freundlich gesinnt ist. Ich hätte gewünscht, daß in dem zweiten Absatz des Para-

graphen nähere Bestimmungen getroffen wären über das, was den Lehrern gewährt wird. Im Uebrigen ist ja materiell zwischen dem Beschluß der Kommission und dem Absatz 2 des Regierungsentwurfs kein Unterschied. Den berechtigten Wünschen der Lehrer entsprechen beide nicht. Indessen ist an die Erfüllung dieser Wünsche nicht zu denken; ich muß mich deshalb bescheiden und werde, um den Lehrern wenigstens etwas zuzuwenden, für den § 2 stimmen, ohne daß ich deshalb der ganzen Vorlage zustimmen kann, weil ich überzeugt bin, daß das Gesetz durch die Beschlüsse der Kommission noch erheblich verschlechtert ist. (Beifall links.)

Kultusminister Dr. Boffe: Die Ansicht, daß eine differenzierende Behandlung der Städte und Landgemeinden eintritt, theile ich nicht. Diese Frage wird aber erst bei § 25 zur Behandlung kommen, denn hier handelt es sich ausschließlich darum, ob die Regierung Zuschüsse, die sich wegen der Leistungsfähigkeit einer Gemeinde ergeben, aus fiskalischen Gründen zurückziehen kann, ohne daß sich die Leistungsfähigkeit der Gemeinde geändert hat. Dieser Grundsatz wird mit demselben Wohlwollen gegen die Städte, wie gegen das platte Land befolgt.

Abg. Glattfelder (Ctr.) erklärt ebenfalls, daß er das Grundgehalt für zu gering hält.

Abg. Nölle (nl.) weist darauf hin, daß heute noch gegen 12 000 Lehrer unter 900 M. Gehalt bestehen, daß also ein großer Theil der Lehrer durch die Vorlage besser gestellt werde.

Abg. Latacz erklärt sich für Beibehaltung des Absatzes 2, denn man müsse die Lehrer, die eine größere Arbeit zu leisten und eine größere Verantwortung zu tragen hätten, auch entsprechend höher bezahlen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bartels (konf.), Dr. Borck, v. Seydebrand, Knörcke, Nölle wird § 2 nach den Kommissionsbeschlüssen nahezu einstimmig angenommen.

§ 3 (Beförderung der jüngeren und nur einwilligen angestellten Lehrer) wird debattelos angenommen.

§ 4 bestimmt, daß bei dauernder Verbindung eines Schul- und Kirchenamtes das Grundgehalt ein entsprechendes höheres sein soll. In dieses Grundgehalt sind auch die Einkünfte aus dem zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmten Schul-, Kirchen- und Stiftungsvermögen einzurechnen. Der Mehrbetrag darf die Gesamtsumme der Einkünfte aus dem zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmten Schul-, Kirchen- und Stiftungsvermögen einschließlich der Zuschüsse aus Kirchenstellen und von Kirchengemeinden sowie des Nutzungserwerbes des den kirchlichen Interessen gehörigen Anteils an dem Schul- und Küsterhaus oder Küstergehof nicht übersteigen.

Abg. v. Tschopp (frk.) beantragte, daß auch die sonstigen Einnahmen aus dem Kirchenvermögen in das Grundgehalt mit eingerechnet werden sollen.

Abg. Knörcke (frk.): Das Lehreramt ist von jeher wichtiger als das Küsteramt gewesen. Für die Zukunft kann man eine Verbindung des Schul- mit dem Kirchenamt überhaupt nicht aufrecht erhalten, wenn nicht das Schulwesen geschädigt werden soll. Selbstverständlich aber muß dem Lehrer die Mehrarbeit, die er im Küsteramte verrichtet, extra bezahlt werden.

Abg. v. Seydebrand (konf.) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Borck (Ctr.) wird für die Fassung der Kommission stimmen, obgleich sie ihm nicht vollkommen zusagt.

Abg. Latacz (Ctr.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Frhr. v. Jeditz (frk.), Wolczyl (Ctr.), v. Seydebrand und des Abg. Dr. Langerhaus (frk.), der darauf hinweist, daß sich in kurzer Zeit doch die Trennung der Lehrbedienste von den Küsterbediensten als notwendig herausstellen wird, wird § 4 unter Hinzufügung der vom Abg. Tschopp beantragten Worte angenommen.

§ 5, 6 und 8 handeln von den Alterszulagen. § 5 bestimmt, daß die betreffenden Zulagen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in der Weise zu gewähren sind, daß der Bezug nach 7-jähriger Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst und 9-jähriger Zulagen in Zwischenräumen von je 3 Jahren gewährt werden. § 6 bestimmt, daß die Höhe der Alterszulagen wie die Höhe des Grundgehaltes nach den örtlichen Verhältnissen und eventuell nach der besonderen Amtstellung festzusetzen ist. Die Alterszulagen sind auf die 9 Stufen gleichmäßig zu verteilen. Die Alterszulage darf in keinem Falle weniger betragen, als für Lehrer jährlich 90 Mark und dann von drei zu drei Jahren um je 80 Mark steigend bis auf jährlich 720 Mark (für Lehrerinnen 60 resp. 540 Mark). § 8 bestimmt, daß behufs gemeinsamer Bekleidung der Alterszulagen für die zur Aufbringung verpflichteten Schulverbände in jedem Regierungsbezirk, ausschließlich der Stadt Berlin eine Kasse gebildet wird, deren Verwaltung durch die Bezirksregierung erfolgt. Den Maßstab für die Verteilung des Bedarfs auf die Schulverbände bildet die Anzahl der der Kasse angeschlossenen Lehrer und Lehrerinnen in Verbindung mit dem Einheitslohn der Alterszulagen der betreffenden Stellen.

Abg. Frhr. v. Jeditz (frk.) betont, daß die Annahme dieser Paragraphen eine vollständige Umarbeitung der Beförderungsverhältnisse notwendig mache. Dieser Zustand sei um so unerwünschter, als in vielen Städten die Lehrer bereits eine genügende Beförderung hätten. Die Alterszulagenklasse habe einen sehr bürokratischen Charakter. Da jedoch die Regierung nachgewiesen hätte, daß diese Klassen eine notwendige Voraussetzung für die Freizügigkeit der Lehrer seien, so werde er für die §§ 5, 6 und 8 stimmen.

Abg. Dietrich (Ctr.) erklärt ebenfalls trotz schwerwiegender Bedenken für die Paragraphen stimmen zu wollen, da diese den Lehrern eine große Verbesserung brächten.

Abg. v. Seydebrand (konf.) betrachtet es als einen Vorzug des Gesetzes, daß der Schwerpunkt auf die Normierung der Alterszulagen gelegt ist. Gegen die bürokratische Einrichtung der Alterszulage habe auch er Bedenken, besonders, da hierdurch den ärmeren Gemeinden große Lasten auferlegt werden. In § 25 seien die Staatszuschüsse gegenüber der Regierungsvorlage freilich erhöht, es werde also den ärmeren Gemeinden Rechnung getragen, und deshalb könne er seine Bedenken schwinden lassen und für diese Paragraphen stimmen.

Abg. Dr. Sattler (nl.) erklärt, daß seine Partei auch erhebliche Bedenken hat und daß nur das Interesse für die Lehrer sie bewegen habe, von ihrem Widerspruch Abstand zu nehmen. Redner stellt für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht, wonach den großen Städten das Recht gegeben wird, den Eintritt in die Alterszulagenklasse zu verweigern. Die großen Städte seien gegenüber dieser Einrichtung misstrauisch, und sie seien durch ihre Erfahrungen mit den Pensionisten auch vollkommen berechtigt dazu. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Lehrer einen Vortheil davon hätten, aber andererseits müßten doch die Nachteile der großen Städte nach Möglichkeit gemildert werden. Wenn man die Schullasten auf breitere Schultern legen wolle, so solle man die, die die Kosten zu tragen haben, doch nicht allzusehr belästigen.

Abg. Dr. Glattfelder (Ctr.) hält das vorgeschlagene System der Alterszulagen an sich für durchaus richtig, hat aber auch Bedenken gegen die Bezirksklassen, durch die die Städte benachteiligt würden. Andererseits hätten die Städte dadurch einen Vortheil, daß sie nun unter den Lehrern eine größere Auswahl hätten und sich die tüchtigsten Kräfte aussuchen könnten.

Abg. Knörcke (frk.): In den Neben der geachteten Vorredner Hand der Nachsicht eigentlich mit dem Vorberath in Widerspruch. Mit dem Abg. Sattler stimme ich in der Beurteilung des § 8 durchaus überein. Auch ich halte die Errichtung von Zwangs-Alterszulagen für einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte, der für die Entwicklung des städtischen Schulwesens von nachtheiligen Folgen sein wird. Die Höhe der Alterszulagen halten wir für durchaus unzureichend. Wir wollen jedoch keinen Antrag stellen, die Alterszulagen zu erhöhen, da ein solcher Antrag gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Durch dieses Gesetz wird in die freie Selbstverwaltung der städtischen Schulen in der empfindlichsten Weise eingegriffen, wenn auch die Stellung der Lehrer dadurch etwas gebessert wird. Die §§ 5 und 6 werden wir annehmen, dem § 8 können wir in seiner gegenwärtigen Fassung unsere Zustimmung nicht geben.

Abg. Dr. Langerhaus (frk.): Gegenwärtig wird die Verteilung der Staatszuschüsse für Alterszulagen in der Weise geregelt, daß alle Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner haben, diesen Zuschuß erhalten. Aber auch die größeren Städte, die die Bedürftigkeit nachweisen, erhalten diesen Zuschuß. Durch § 8 dieses Gesetzes, der die Alterszulagen einführen will, werden die größeren Städte entschieden benachteiligt zu Gunsten des platten Landes. Man sollte doch den Städten das Recht nicht schmälern, die äußeren Angelegenheiten ihrer Schulen selbst zu ordnen. Die großen Städte haben für ihr Schulwesen außerordentlich viel gethan. Wenn sie ihre Schulen auf der jetzigen Höhe erhalten wollen, müssen sie auch die volle Bewegungsfreiheit behalten. Nicht bloß die Stadt Berlin, sondern auch andere große Städte werden von dem Gesetz betroffen. Nicht bloß in den Motiven, sondern auch in den Kommissionsberatungen ist ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die großen Städte in die Bezirksklassen einbezogen werden müssen, damit die Kosten für das platte Land herauskommen. Das ist doch eine schwere Ungerechtigkeit. Warum will man denn davon abgehen, was wir jetzt haben, daß der Staat den bedürftigen Gemeinden, die ihre Alterszulagen selbst nicht aufbringen können, beibringt. Die §§ 5 und 6 werde ich annehmen, aber gegen den § 8 möchte ich mich noch ein Mal auf Entschiedenheit aussprechen. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte.

höht, es werde also den ärmeren Gemeinden Rechnung getragen, und deshalb könne er seine Bedenken schwinden lassen und für diese Paragraphen stimmen.

Abg. Dr. Sattler (nl.) erklärt, daß seine Partei auch erhebliche Bedenken hat und daß nur das Interesse für die Lehrer sie bewegen habe, von ihrem Widerspruch Abstand zu nehmen. Redner stellt für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht, wonach den großen Städten das Recht gegeben wird, den Eintritt in die Alterszulagenklasse zu verweigern. Die großen Städte seien gegenüber dieser Einrichtung misstrauisch, und sie seien durch ihre Erfahrungen mit den Pensionisten auch vollkommen berechtigt dazu. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Lehrer einen Vortheil davon hätten, aber andererseits müßten doch die Nachteile der großen Städte nach Möglichkeit gemildert werden. Wenn man die Schullasten auf breitere Schultern legen wolle, so solle man die, die die Kosten zu tragen haben, doch nicht allzusehr belästigen.

Abg. Dr. Glattfelder (Ctr.) hält das vorgeschlagene System der Alterszulagen an sich für durchaus richtig, hat aber auch Bedenken gegen die Bezirksklassen, durch die die Städte benachteiligt würden. Andererseits hätten die Städte dadurch einen Vortheil, daß sie nun unter den Lehrern eine größere Auswahl hätten und sich die tüchtigsten Kräfte aussuchen könnten.

Abg. Knörcke (frk.): In den Neben der geachteten Vorredner Hand der Nachsicht eigentlich mit dem Vorberath in Widerspruch. Mit dem Abg. Sattler stimme ich in der Beurteilung des § 8 durchaus überein. Auch ich halte die Errichtung von Zwangs-Alterszulagen für einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte, der für die Entwicklung des städtischen Schulwesens von nachtheiligen Folgen sein wird. Die Höhe der Alterszulagen halten wir für durchaus unzureichend. Wir wollen jedoch keinen Antrag stellen, die Alterszulagen zu erhöhen, da ein solcher Antrag gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Durch dieses Gesetz wird in die freie Selbstverwaltung der städtischen Schulen in der empfindlichsten Weise eingegriffen, wenn auch die Stellung der Lehrer dadurch etwas gebessert wird. Die §§ 5 und 6 werden wir annehmen, dem § 8 können wir in seiner gegenwärtigen Fassung unsere Zustimmung nicht geben.

Abg. Dr. Langerhaus (frk.): Gegenwärtig wird die Verteilung der Staatszuschüsse für Alterszulagen in der Weise geregelt, daß alle Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner haben, diesen Zuschuß erhalten. Aber auch die größeren Städte, die die Bedürftigkeit nachweisen, erhalten diesen Zuschuß. Durch § 8 dieses Gesetzes, der die Alterszulagen einführen will, werden die größeren Städte entschieden benachteiligt zu Gunsten des platten Landes. Man sollte doch den Städten das Recht nicht schmälern, die äußeren Angelegenheiten ihrer Schulen selbst zu ordnen. Die großen Städte haben für ihr Schulwesen außerordentlich viel gethan. Wenn sie ihre Schulen auf der jetzigen Höhe erhalten wollen, müssen sie auch die volle Bewegungsfreiheit behalten. Nicht bloß die Stadt Berlin, sondern auch andere große Städte werden von dem Gesetz betroffen. Nicht bloß in den Motiven, sondern auch in den Kommissionsberatungen ist ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die großen Städte in die Bezirksklassen einbezogen werden müssen, damit die Kosten für das platte Land herauskommen. Das ist doch eine schwere Ungerechtigkeit. Warum will man denn davon abgehen, was wir jetzt haben, daß der Staat den bedürftigen Gemeinden, die ihre Alterszulagen selbst nicht aufbringen können, beibringt. Die §§ 5 und 6 werde ich annehmen, aber gegen den § 8 möchte ich mich noch ein Mal auf Entschiedenheit aussprechen. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte.

Die §§ 5, 6 und 8 werden angenommen, letzterer gegen die Stimmen der beiden freistimmigen Parteien. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. April. [Zum Duell Roke-Schrader.] Im Abgeordnetenhaus wurde heute davon gesprochen, daß es sich empfehlen würde, eine Interpellation an die Staatsregierung in Sachen des Duells Roke-Schrader einzubringen. Sollte auf die Absicht verzichtet werden, so würde es nur in der bestimmten Erwartung geschehen, daß der Reichstag sofort nach seinem Wiederzusammentreten seine unaufschiebbare Pflicht erfüllt und entweder einen Antrag auf Verschärfung der Duellparagraphen annimmt oder eine Adresse an den Kaiser beschließt. Allerdings bliebe auch dann noch dem preussischen Abgeordnetenhaus ein breites Feld der Einwirkung insofern offen, als von dort aus dem Staatsministerium eine werthvolle Rückendeckung nach oben hin gewährt werden könnte, wenn die Minister Änderungen, namentlich der Bestimmungen über die militärischen Ehrengerichte anregen sollten. Vielleicht ist es als eine stillschweigende Ankündigung solcher notwendiger Änderungen zu betrachten, daß regierungsförmig bisher mit keinem Worte die geltende Verfassung der Ehrengerichte gegen die unzähligen Angriffe, die Tag für Tag aus allen Parteien kommen, vertheidigt worden ist. Auch die Offizien des Kriegsministers haben nicht den Auftrag erhalten, den bestehenden Zustand irgendwie zu rechtfertigen. — Bei Gelegenheit des Duells Roke-Schrader sei eines Uebelstandes erwähnt, der zunächst die Presse betrifft und wirklich bis zur Unerträglichkeit gewachsen ist. Wir meinen die Irreführung durch einige Berliner Blätter, die in ihrem feierhaften Streben nach größtmöglicher Schnelligkeit und Ausführlichkeit der Berichterstattung die gewissenlosesten

Erfindungen lügenhafter Reporter mit trieblicher Leichtfertigkeit verbreiten. Diese „Nachrichten“, denen man nicht ansehen kann, daß sie erlogen sind, gehen dann durch die übrigen Blätter, verwirren das Publikum und diskreditieren die Presse selbst. Es wäre ein Segen, wenn wir von diesem beschämenden Unwesen befreit werden könnten.

Der dem Bundesrath seitens des Reichskanzlers zugegangene Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien lautet:

Auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung hat der Bundesrath folgende Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien erlassen:

I. Für diejenigen Räume, in welchen Personen mit dem Sehen von Lettern oder mit der Herstellung von Lettern oder Stereotypplatten beschäftigt werden, finden folgende Vorschriften Anwendung: 1) Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. Unter dem Dach liegende Räume dürfen nur dann benutzt werden, wenn das Dach mit geröhrt und verputzter Verchalung versehen ist. 2) Die Räume müssen mindestens 3 Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe ausreichen, um für alle Arbeitsstellen hinreichendes Licht zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zweck der Lüftung ausreichend geöffnet werden können. Arbeitsräume mit schräg laufender Decke dürfen an keiner Stelle weniger als zweieinhalb Meter und im Durchschnitt nicht unter drei Meter Höhe haben. 3) Die Zahl der in diesen Räumen beschäftigten Personen muß so bemessen sein, daß auf jede derselben mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftstrom entfallen. 4) Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Befestigung des Staudes auf feuchtem Wege gestattet. Holzene Fußböden müssen glatt gepolirt und geölt oder auf andere Weise, z. B. durch einen zusammenhängenden Blei- oder Zinkbelag, gegen das Eindringen der Risse geschützt sein. Die Wände und Decken müssen mindestens einmal jährlich mit einem feinen Kalkanstrich, oder mindestens alle fünf Jahre mit einem frischen Oelfarbanstrich versehen werden; bei Oelfarbanstrich muß mindestens einmal jährlich mit warmem Wasser und Seife abgewaschen werden. Die Gießerpulte und die Regale für die Letternkasten müssen entweder ringsherum blickschließend auf dem Fußboden aufliegen, so daß sich unter denselben kein Staub ansammeln kann, oder mit hohen Füßen versehen sein, daß die Reinigung des Fußbodens auch unter den Pulten und Schriftregalen bequem ausgeführt werden kann. 5) Die Arbeitsräume sind täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß in ihnen ein ausreichender Luftwechsel während der Arbeitszeit stattfindet. 6) Die Schmelzöfen und Gießerpulte für das Lettern- und Stereotypenmetall sind mit gut ziehenden, ins Freie oder in einen Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen (Jangtrichter) für entstehende Dämpfe zu überdecken. Das Regal des Metalls und das Ausschmelzen der sogenannten Krüge darf nur außerhalb der sonstigen Arbeitsräume oder in letzteren nach Entfernung der sonstigen Arbeiter erfolgen. 7) Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Gefälle, Regale, Letternkasten, sind zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Die Fußböden sind täglich auf feuchtem Wege vom Staub zu befreien. 8) Die Letternkasten sind, bevor sie in Gebrauch genommen werden und so lange sie in Benutzung stehen, nach Bedarf zu reinigen. Das Ausschmelzen der Krüge darf nur mittels eines Wasserbades im Freien stattfinden und jugendlichen Arbeitern nicht übertragen werden. 9) In den Arbeitsräumen sind mit Wasser gefüllte und täglich zu reinigende Spünapfassen, und zwar mindestens einer für je fünf Personen, aufzustellen. Das Ausspülen auf den Fußboden ist von den Arbeitgebern zu unterlegen. 10) Für die Gießer sowie die Gießer, Polierer und Schleifer sind in den Arbeitsräumen oder in deren unmittelbarer Nähe in zweckentsprechenden Räumen ausreichende Wascheinrichtungen anzubringen und mit Wasser auszustatten; für jeden Arbeiter ist mindestens ein reines Handtuch zu liefern. Insbesondere ist dafür zu sorgen, daß bei der Wascheinrichtung stets reines Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist, und daß das gebrauchte Wasser an Ort und Stelle ausgegossen werden kann. Für höchstens je fünf Arbeiter ist eine Wascheinrichtung einzurichten. Die Arbeiter haben mit Strenge darauf zu halten, daß die Arbeiter jedesmal, bevor sie Nahrungsmittel innerhalb des Betriebes zu sich nehmen oder den Betrieb verlassen, von der vorhandenen Wascheinrichtung Gebrauch machen. 11) Kleidungsstücke, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeitsräume aufzubewahren. Innerhalb der Arbeitsräume ist die Aufbewahrung nur gestattet, wenn dieselbe in verschließbaren, gegen das Eindringen von Staub geschützten Schränken erfolgt. Die letzteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein. 12) Alle mit erheblicher Wärmeentwicklung verbundenen Beleuchtungseinrichtungen sind derart anzuordnen oder mit solchen Schutzvorrichtungen zu versehen, daß eine belästigende Wärmeabstrahlung nach den Arbeitsstellen vermieden wird. 13) Der Arbeitgeber hat um die Durchführung der unter Ziffer 8, 9 Absatz 2, 10 Absatz 3 und 11 getroffenen Bestimmungen zu sorgen und sicherzustellen, für die Arbeiter verbindliche Vorschriften zu erlassen. Werden in einem Betrieb in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt, so sind diese Vorschriften in die nach § 134a der Gewerbeordnung zu erlassende Arbeitsordnung aufzunehmen.

II. In jedem Arbeitsraum ist ein von der Ortspolizeibehörde zur Befestigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneter Auszug anzubringen, aus dem ersichtlich ist: a) die Länge, Breite und Höhe des Raums, b) der Inhalt des Raumes in Kubikmetern, c) die Zahl der Arbeiter, die demnach in dem Arbeitsraum beschäftigt werden darf. Ferner ist in jedem Arbeitsraum eine Tafel anzubringen, die in deutlicher Schrift die Bestimmungen unter I wiedergibt.

III. Für die ersten zehn Jahre nach dem Erlaß dieser Bekanntmachung können auf Antrag des Unternehmers Abweichungen von den Vorschriften unter I Ziffer 1 bis 3 durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Jedoch darf für die Arbeitsräume eine geringere als die unter I Ziffer 2 bezeichnete Höhe nur dann zugelassen werden, wenn jedem Arbeiter ein Luftstrom von mehr als 15 Kubikmeter gewährt wird. Ein geringerer Luftstrom als je 15 Kubikmeter darf nur bis zur Grenze von je 12 Kubikmeter und nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß durch künstliche Ventilation für regelmäßige Lufterneuerung ausreichend gesorgt und die künstliche Beleuchtung so eingerichtet ist, daß weder störende Wärme noch die Arbeiter belästigende Verbrennungsprodukte in die Arbeitsräume gelangen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten für neu zu errichtende Anlagen sofort in Kraft. Für Anlagen, die zur Zeit des Erlasses dieser Bestimmungen bereits in Betrieb sind, treten die Vorschriften unter I Ziffer 5 Satz 1, sowie Ziffer 7 bis 9 sofort, die übrigen Vorschriften mit Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat dem Staatsministerium einen Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens zur Beschlussfassung zugehen lassen.

Die freikonservativen Abgeordneten Brütt und Frhr. v. Jellisch brachten im Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, die Regierung wolle dahin wirken, daß den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterlöhne, wonach offene Verkaufsstellen von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens geschlossen sein müssen, keine Folge gegeben werde.

L. C. In Breslau hatten sich Montag Abend eine Reihe von Herren, die meist dem Kaufmannstande angehören, im kleinen Saale der neuen Börse zu einer Vorbesprechung über die Gründung eines Vereins zur gleichmäßigen Wahrung der wirtschaftlichen Interessen aller Berufsstände eingefunden. Die Versammlung, die von Angehörigen verschiedener Parteien besucht war, war, der Bresl. Bzt. zufolge, eintig darin, daß die übertriebenen Bestrebungen der Agrarier eine Gefährdung aller Berufsstände embleten, einzig auch darin, daß für die Zukunft ein engerer Zusammenschluß aller politischen bürgerlichen Kreise erwünscht sei. Die Beschlussfassung über die Gründung des Verbandes wurde beauftragt der Angelegenheit in weiteren Kreisen verhandelt. In der Versammlung haben nach anerkennenden Reden, der Kaufmann und Stadtverordnete Dr. Haber (Frl. Volksp.) und der Abg. Ewaldus Gothein sich für den Anschluß an den Schutzverband gegen agrarische Uebergriffe erklärt.

Aus dem Gerichtssaal.

W. B. Karlsruhe, 15. April. In dem heute vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Prozeß in Sachen des Landtagsabgeordneten Dreßbach gegen die Redakteure der „Badischen Landeszeitung“ Flach und Clog lautete das Urtheil des Schöffengerichts gegen Flach und Clog auf je 50 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten der Privatklage. Abgeordneter Dreßbach, gegen den die beiden Erstgenannten Widerklage erhoben hatten, wurde zu 20 M. Geldstrafe und den Kosten der Widerklage verurtheilt.

W. B. Rotterdam, 15. April. In dem Schadenersatzprozeß des „Norddeutschen Lloyd“ gegen die Eigentümer der „Crathie“ wurden letztere heute verurtheilt 565 500 Gulden sowie 6 Prozent Zinsen von dieser Summe seit dem 2. März 1895 an den „Norddeutschen Lloyd“ zu zahlen.

Vermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 15. April. Die Kaiserin ist mit ihren beiden ältesten Söhnen Wittich und Witaag am 12. Uhr 40 Minuten aus Wien auf dem Bahnhofe Friedrichstraße in Berlin wieder eingetroffen. Auf dem Bahnsteige erwarteten ihre drei Söhne Albrecht, August Wilhelm und Oskar die Kaiserin, welche mit ihnen alsbald nach dem kgl. Schlosse fuhr.

Die Todtenfeier für den Frhr. v. Schrader fand heute Vormittag in der Kapelle des alten kaiserlichen Friedhofs zu Potsdam statt. Der „Börsl. Cour.“ berichtet: Die Kapelle konnte kaum die Menge der Blumen und Kränze fassen, die am hoch aufgeschritten, von Lorbeer- und Eppichenzweigen überdeckten Sarge niedergelegt waren. Aber der kleine beschränkte Raum genügt vollkommen, die Leidtragenden zu vereinen: So wenige waren ihrer gekommen. Ein an die Kapelle grenzender Nebenraum war in Erwartung der Freunde mit Reihen von Stühlen besetzt worden. Doch der Freunde waren nicht viel erschienen und die Stühle blieben leer. Unter denen, die sich um den Sargophag sammelten, bemerkten wir Prinz Albert von Anhalt, Fürst Hohenzollern, die Generale von Rauch und von Bismarck, Hofmarschall von Helldorf, Oberbürgermeister von Potsdam, die Grafen Kants, Sodenau, Bepowder und noch einige andere Mitglieder der Hofgesellschaft. Von den niederlegten Kränzen trug keiner eine Widmung; und auf den weißen oder schwarzen Alloschleifen stand nur der Name des Spondors. Betsach war sogar an die Stelle der Namensträgernden Schleife die einfache das Gewinde befestigte Winkentarte getreten und einen solchen auch sonst höchst schmucklosen Kranz hatte noch im letzten Moment der Regimentsminister Bronsart von Schellendorff gelandt. Unter den Blumenpenden befand sich auch ein großer Kranz von Flieder vom Rittmeister Hans von Roke. Kurz vor dem zum Beginn der Feier festgesetzten Zeit geht eine Bewegung durch die kleine, schweigend harrende Gegend. Die Familie des Entschlafenen war eingetroffen.

Am Arme eines Offiziers, des Oberst v. Ramdohr, erscheint die Witwe. In der Haltung dieser schwarz verkleideten Frau spiegelt es deutlich sich wieder, wie tief der Schlag sie gebeugt. Der Mutter folgen ihre Kinder. Der Sohn, im Frack und weißer Binde, führt die ältere Schwester am Arm; die jüngere Schwester noch im kurzen mädchenhaften Kleide, beschleht den Zug. In Säulen des Todten nehmen die Damen rechts vom Altar Platz. Aus dem Nebengemach ertönt Gesang. Der dort aufgestellte Chor hat den Choral: „Jesus meine Zuversicht“ angesetzt. Nur eine Strophe fingen sie, dann tritt Hofprediger Wendland an den Sargophag. Das Wort der Schrift: „Wandelt im Licht und glaubt an das Licht“ hatte der Prediger seiner Rede zu Grunde gelegt, und ohne Menschenfurcht behandelte er den Text. „Uns steht es nicht zu“, so spricht er, „Partei zu ergreifen in dem unseligen Kampf, der dieses Opfer gefordert. Wir denken in diesem Augenblicke nicht bloß daran, daß dieser Mann hat frühzeitig sterben müssen. Wir denken auch an das, was Ihr, die Angehörigen des theuren Todten, gleich ihm seit Monaten habt durchlitten müssen. Was muß vorgefallen sein, daß ein in allem so reich begabter Mann den Weg geben konnte, den er gegangen, um todesmüde wiederzukehren. Wir wissen es nicht. Wir wissen auch nicht, welche unelliche Hand den Stein ins Rollen gebracht hat. Des aber wissen wir, daß der Schmutz, den dieser in den Sumpf gewälzte Stein aufgewühlt, einerseits hinaufgeschleht ist bis zu den Stufen des Thrones, und auf der anderen Seite hinabst bis zu den untersten Schichten, die voll bösserster Freude an diesem Schauspiel sich ergötzen. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!“ steht im ersten Gebot, und die Menschen dienen aus Ehrgeiz anderen Menschen und dem Mammon. Lüge und Verleumdung verdammt das achte Gebot, und beide herrschen. Sittsamkeit fordert das sechste Gebot, aber die Gemeinheit finden wir an ihrer Stelle. „Du sollst nicht tödten!“ sagt das fünfte der Gebote. Aber falsche Ehrbegriffe verlaßen dies Gebot! Auch der Entschlafene hat gefehlt. Was Gott beschloß, muß bleiben über Menschen Urtheil und Vorurtheil. Er hat sein Fehlen gebüßt, aber laute Klage steht uns darum doch zu. Denn er ist ein Opfer geworden der Standesvorurtheile. Sie haben ihn in den Kampf getrieben, in den er nur schweren Verzens gegangen. Aber auch der gausame Ehrentod wird vergilben und in Staub zerfallen, und vielleicht wird dereinst eine nicht zu ferne Zukunft es nicht mehr zu fassen vermögen, daß solche Sagenen einst möglich waren. Gottes Ehre und Jesu Wort — das ist die einzige Ehre. Eine andere Ehre giebt es nicht!“ Der Prediger erwacht dann die Hinterbliebenen, nicht verbittert zu sein gegen die Menschen, ob sie auch schwer an dem Entschlafenen mitgefandigt, und schließt mit der Hoffnung, daß auch aus dem Dunkel dieses Sarges das Licht aufgehen wird, indem der Ruf: „Nicht Menschenfurcht, sondern Gottes Wille!“ durch alle Volksschichten gehen und so auch den Adel der deutschen Nation ergreifen wird.“ Der Geistliche spricht den Segen. Wieder ertönt Choralgesang, dann verläßt die Trauerversammlung die Kapelle und den Friedhof.

Eine Stunde später setzte sich, gefolgt von einer geschlossenen Equipage, in welcher der Sohn und Schwager des Entschlafenen Platz genommen hatten, ein offener Leichenwagen in Bewegung. Auf ihm stand der Sargophag des Gefallenen, um seine sterblichen Ueberreste nach dem Familiengute zu überführen, wo mit der Beisetzung der blutige Akt eines bösschen Dramas seinen Abschluß finden wird.

Rein Duell Schrader jun. — Koblenz. Das „Berl. Tagebl.“ bezeichnet die gestern erwähnte Zeitungsmeldung über ein bevorstehendes Duell zwischen dem Cerimonienmeister von Roke und dem Sohne des Cerimonienmeisters von Schrader als erfunden.

Ueber das ganze 39. Infanterie-Regiment in Düsseldorf ist, wie schon kurz gemeldet, Kasernenarrest verhängt worden. Ueber die Ursache dieser außergewöhnlichen Disziplinar-Maßregel berichtet der „Düsseldorfer Generalanzeiger“. Den Offizieren des 39. Regiments war zu Kenntniß gekommen, daß aus Krefeld und Umgebung kommende Mannschaften an Sonntagen wiederholt ohne Urlaub ihre Heimat aufsuchen. Am solchen Vorkommnisse für die Folge zu hüten, wurde an den Ostertagen nach dem Bahnhof Neug ein Bielesdewebel entandt, der die dort ankommenden bzw. abfahrenden Soldaten des 39. Regiments daraufhin zu kontrolliren hatte, ob sie im Besitze eines Urlaubscheines seien. Am Ostermontag trafen in Neug mit der Bahn vor Krefeld etwa 20 Fährere ein, die anscheinend einen derartigen Schein nicht bei sich führten, denn als sie den Bielesdewebel sahen, liefen sie schleunigst davon, so daß dieser einen der Ausreißer feststellen konnte. Beim Regiments-Appell am Dienstag Vormittag wurden die Fährlinge aufgeführt, sich freiwillig zu melden, und als dieselben dieser Aufforderung keine Folge leisteten, wurde das Disziplinarstrafmittel des Kasernenarrestes beim ganzen Regimente angewandt. Nach dem Regiments-Appell am Dienstag meldeten sich von zwei Kompanien diejenigen Mannschaften, die Oitern „geheim“ hatten, wie der militärische Ausdruck für das Vergehen lautet, und auch die übrigen Beteiligten wurden bald ermittelt. Dann erfolgte die Aufhebung des Kasernenarrestes, der während seiner Dauer streng durchgeführt worden ist.

Kaiser Friedrich-Denkmal in Wiesbaden. Für die Aufstellung des in Wiesbaden zu errichtenden Kaiser Friedrich-Denkmal ist der Bloß vor dem Alten Theater gewählt und genehmigt worden. Die Kaiserin Friedrich hat das Modell des Bildhauers Upmies bekräftigt und ihrer Zufriedenheit über den Entwurf Ausdruck gegeben.

Oberbaurath Ritter von Brandl, der Baumeister Königs Ludwigs II. von Bayern, ist nach einem Telegramm am 14. d. Nachmittags in München gestorben.

Preisvertheilung an die Sieger von Olympia. Am 15. d. Vormittag fand die Vertheilung der Preise an die Sieger bei den olympischen Spielen durch den König von Griechenland statt. Sovann wurden die Spiele als beendet erklärt.

Schneesturm in Italien. Aus Mailand (Schiffen) wird vom 14. April gemeldet: Seit vergangener Nacht wüthet hier ein heftiger Schneesturm, durch den die Felder schwer geschädigt sind. Viele Schiffe flüchten nach dem hiesigen Hafen. Aus Cagliari wird gemeldet, daß einige Barken Schiffbruch gelitten haben, deren Besatzung jedoch gerettet wurde.

Für die Mannschaft des gekrandeten deutschen Dampfers „Neapel“ sammelte, als diebeide in Gibraltar land, die Mannschaft des britischen Kriegsschiffes „Collingwood“ 30 Pfund Sterling.

lokales.

Wien, 16. April.

Verstorbener Selbstmord. Gestern Nachmittag verunglückte eine Arbeiterfrau, mit ihrem zährigen Kinde von der Wallgassebrücke aus in die Waibe zu stürzen. Passanten verhielten jedoch die Frau, die sich bereits über das Geländer geklammert hatte, an der Ausführung ihres Vorhabens.

Personalien. Der neuernannte Regierungssaffessor Köppl aus Wien ist dem Landrathe des Kreises Otheide in Reg.-Bezirk Königsberg zur Hilfeleistung zugewiesen worden. — Dem Landes-Bauinspektor Mascheret in Wien ist der Charakter als Bauath verliehen worden.

Ordensverleihung. Dem Obersten z. D. Meyer zu Eberswalde bisher Kommandeur des Niederschlesischen Fuß.-Art.-Regiments Nr. 5, ist der Rote Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden.

Aus der Provinz Posen.

oh. Kamisch, 15. April. [Bahnprojekt Plegnit-Ramisch-Kobylin.] Wie bereits telegraphisch berichtet, hat der zwecks anderweitiger Beschlussfassung bezüglich des Bahnprojekts Plegnit-Ramisch-Kobylin mit abgekurzter Einladungsfrist auf heute einberufene Kreistag des Kreises Woblan, nachdem durch Sachverständige eine Klarlegung des Projekts erfolgt und dadurch die obwaltenden Zweifel an der Rentabilität der Bahn beseitigt worden, beschlossen, die von der Firma Benz u. Co. in Stettin beanspruchte Zinsgarantie zu übernehmen. Dementswerth ist, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden ist; bei der früheren Beschlussfassung waren bekanntlich mehr als ein Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder gegen das Projekt und noch vor wenigen Tagen machten Vertreter der Stadtgemeinde Woblan die verweifeltesten Anführungen, um das Projekt Plegnit-Ramisch-Kobylin zu Gunsten einer Bahnverbindung Maltich-Woblan zu bringen. Nach der heutigen Beschlussfassung gilt das Projekt als gesichert.

Wieschen, 15. April. [Bürgermeister Gabler] hier, der seit 23 Jahren die Stelle eines Bürgermeisters hier selbst bekleidet, hat aus Gesundheitsrücksichten um seine Pensionierung vom 1. Juli d. J. ab gebeten. In einer heute Nachmittag unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung genehmigten die Stadtverordneten die Pensionierung, bewilligten dem Bürgermeister ein Ruhegehalt von 1500 M. und beschlossen ferner, Herrn Gabler von morgen ab bis zur Beurlaubung die Amtsgeschäfte übernimmt von morgen ab bis zur Beurlaubung der Stelle der Magistratsbeigeordnete Rechtsanwalt Wsch, der auch für das Publikum täglich 1 Sprechstunde abhalten wird.

F. Oitrow, 15. April. [Beitragwechsel.] Aus der Haft entlassen. Der Brauereibesitzer Slotoch hier selbst hat heute seine vor etwa zwei Jahren hier erbaute Brauerei für 20 000 M. an die Fabrik der Dampfbräuererei von Heyner und Rahenellenbogen in Krotoschin verkauft. Die Firma hatte die neuangebaute Brauerei bereits seit einem Jahre in Pacht und beabsichtigt, dieselbe erheblich zu erweitern. — Der dieser Tage in Hamburg verhaftete und ins hiesige Justizgefängnis überführte Kaufmann B. aus Adelnau ist gegen Kaution aus der Haft entlassen worden.

d. Kottschin, 15. April. [Verunglückt.] In dem Dorfe Buchwald fuhr der Wirt D. Kartoffel auf sein Ackerfeld und nahm seine Tochter mit auf das Feld. Unterwegs fiel ein Sad mit Kartoffeln von dem Wagen und die Tochter hinterdrein. Ein zweiter Sad fiel gleich nach und zwar auf das Kind, dasselbe soll den Verletzungen erlegen sein.

X. Wieschen, 15. April. [Verabingung. Miltbrand. Umbau.] Dieser Tage wurde der Kaufmann Wylinski aus Witkowo, als er per Rad heimfuhr, auf dem Wege zwischen Belastowo und Jelonki von drei Strolchen überfallen, seiner Uhr

103,65, 4 Proz. span. 5. Anl. 61 1/2, span. Turen 20,60, Turen-
Vole 114,30, 4 Proz. Prioritäts-Obligationen 1890 455,00,
Franzosen 751,00, Lombarden —, Banque Ottomane 565,00,
Banque de Paris 797,00, Banca d'Escompte —, Rio Tinto-A.
470,60, Suezkanal-A. 3270,00, Cred. Vionn. 760,00, D. de France
—, Tab. Ottom. 860,00, Wechsel a. L. 122 1/2, Londoner
Wechsel 1. 25,15 1/2, Ciba a. London 25,17, Wechsel Amsterdam 1.
205,75, do. Wien 1. 206,75, do. Madrid 1. 418,00, Wechsel London
—, Wechsel a. Italien 7 1/2, Robinson-A. 240,00, Fortingaler
26,87 1/2, Poring. Tabaks-Obligation 478,00, 4 Proz. Russen 65,80,
Schwabstift —.

Frankfurt a. M., 15. April. (Effekten-Notiz.) (Schluss.)
Deutsche Kreditbank 306 1/2, Franzosen 302 1/2, Lombarden 83 1/2,
Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 174,40, Diskonto-Kom-
mandit 209,10, Dresdner Bank 155,40, Berliner Handels-Gesellschaft
149,50, Bochumer Gußstahl 155,90, Dortmunder Union St.-B.
—, Seltentischen 162,00, Harpener Bergwerk 153,90, Seltentische
—, Lavahütte 153,50, 3 Proz. Portugiesen —, Italienische
Wittelsbacher —, Schweizer Centralbahn 131,60, Schweizer
Nordbahn 134,20, Schweizer Union 91,90, Italienische Meridional-
bahn —, Schweizer Sempacherbahn 103,04, Nordb. Lloyd
Weghauer 93,55, Stallerer 83,40, Edition Aktien —, Caro
Bergwerk —, 3 Proz. Reichsanleihe —, Turenloose —,
Rationalbank 141,60, Wainger —, 60er Loose —, Feit.

Hamburg, 15. April. (Schlussbericht.) (Schluss.)
Deutsche Silberrente 86,10, Goldrente 103,70, Italiener 83,75,
Kreditaktien 306,00, Franzosen 756,00, Lombarden 202,25, 1880er
Russien 101,25, Deutsche Bank 186,30, Diskonto-Kommandit 209,25,
Berliner Handels-Gesellschaft 150,10, Dresdner Bank 155,70, Ratio-
nalbank für Deutschland 141,25, Hamburger Kommerzbank 129,60,
Hamb. Büchsen. Eisenbahn 152,25, Marienb.-Wladwa 92,25, Ostpreu-
sische Südbahn 95,00, Laurahütte 152,25, Nordb. L.-S. 129,00,
Hamburger Bodenschiff 124,00, Dynamit-Trost-Anl.-Aktien 151,25,
Schwabstift 2 1/2, Buenos Ayres 31,10.

Petersburg, 15. April. Wechsel auf London (3 Mon.) 94,85,
Wechsel auf Berlin (3 Mon.) 46,00, Wechsel auf Amsterdam
(3 Mon.) —, Wechsel a. Paris (3 Mon.) 37,35, Russische 4 Proz.
Lomb. von 1889 —, Russ. 4 Proz. innere Staatsrente von 1894
98 1/2, Russ. 4 Proz. Goldanl. VI. Ser. von 1894 —, Russische
4 1/2 Proz. Bodenschiff-Pfandbriefe 155 1/2, Russ. Südwestbahn-Aktien
—, Petersburger Diskontobank 788, Petersb. internat. Bank
883, Warschauer Kommerz-Bank 510, Russische Bank für aus-
wärtigen Handel 506 1/2.

Rio de Janeiro, 14. April. Wechsel auf London 9 1/2,
Buenos-Ayres, 14. April. Goldagio 228.

Bremen, 15. April. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes
Petroleum. (Offizielle Notierung der Petroleum-Börse.) Besser.
Lito 5,65 Br. Russisches Petroleum, Lito 5,40 Br.
Schmalz. Markt. Wilcox 28 Br., Armour Fleisch 27 1/2 Br.,
Ludwig 28 1/2 Br., Choice Cocoa 28 1/2 Br., White Label 28 1/2 Br.,
Satzbank 25 1/2 Br.
Spek. Rubig. Short clear middling Lito 25 Br.
Reis unverändert.
Kaffee fest.
Baumwolle. Rubig. Upland middl. Lito 41 Br.

Hamburg, 15. April. (Schlussbericht.) Kaffee. Good average
Santos per Mai 67, per Sept. 63 1/2, per Dez. 59 1/2, per März
59 1/2. Beauptet.

Hamburg, 15. April. (Schlussbericht.) Zuckermarkt. Rüben-
Rohruder I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ullance, frei
an Bord Hamburg, per April 12,77 1/2, per Mai 12,85, per Juni
13,07 1/2, per August 13,15, per Sept. 11,92 1/2, per März 12,77 1/2.
Rubigler.

Paris, 15. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen
mat, per April 18,05, per Mai 18,30, per Juni-August 18,55,
per September-Dezember 18,55. — Roggen ruhig, per April 10,35,
per September-Dezember 10,75. — Weizen mat, per April
39,80, per Mai 39,70, per Juni-August 40,00, per September-
Dezember 40,65. — Weizen ruhig, per April 54, per Mai 52 1/2,
per Juni-August 52 1/2, per September-Dez. 52. — Spiritus
ruhig, per April 31 1/2, per Mai 32, Juni-August 32 1/2, per Sept.-
Dez. 32 1/2. — Wetter: Schön.

Paris, 15. April. (Schluss.) Rohzucker beh., 88 Proz. Lito
32 1/2. — Weizen Zucker mat, Nr. 3, per 100 Kilogramm
per April 33 1/2, per Mai 34 1/2, per Juni-August 34 1/2, per Januar 33 1/2.

Sabre, 15. April. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler
u. Co.) Kaffee in New York schloß mit 10 Points Haufe.
Rio 2000 Cads, Santos 2000 Cads, Recettes für gestern.

Sabre, 15. April. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler
u. Co.) Kaffee good average Santos p. Mai 81,75, per September
78,25, per Dez. 74,50. Beauptet.

Amsterdam, 15. April. Java-Kaffee good ordinary 52.
Amsterdam, 15. April. Banca 36.

Amsterdam, 15. April. (Getreidemarkt.) Weizen auf Ter-
mine träge, do. per Mai 157, do. per November 157. — Roggen
Lito 111, do. auf Termine träge, do. per Mai 101, per Juli 101,
do. per Oktober 103. — Weizen Lito 23 1/2, do. per Mai 23, do. per
Sept. 22 1/2.

Antwerpen, 15. April. Petroleummarkt. (Schlussbericht.)
Raffinirtes Type weiß Lito 15 1/2, bez. u. Br., per April 15 1/2, Br.,
per Mai 15 1/2, Br. Rubig.

Schmalz per März 66 Margarine —.

London, 15. April. Gold-Rupfer 44 1/2, pr. 3 Monat 45 1/2.

London, 15. April. An der Kiste 7 Weizenladung angeboten.
— Wetter: Bewölkt.

Glasgow, 15. April. Rohseifen. (Schluss.) Mixed numbers
warrants 46 lb 5 d.

Riverpool, 15. April. Nachm. 4 Uhr 20 Min. (Baumwolle.)
Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Bal-
len. Rubig.

Mittel-amerikanische Lieferungen: Rubig, stetig. April-Mai
4 1/2, Käuferpreis, Mai-Juni 4 1/2, Berth, Juni-Juli 4 1/2,
bis 4 1/2, Verkäuferpreis, Juli-August 4 1/2, Käuferpreis, August-
Sept. 4 1/2, Verkäuferpreis, September-Oktober 4 1/2, Käufer-
preis, Oktober-November 3 1/2, Verkäuferpreis, November-Dezember
3 1/2, Käuferpreis, Dezember-Januar 3 1/2, Verkäuferpreis, Januar-Februar
3 1/2, Käuferpreis.

New York, 14. April. Der Werth der in der vergangenen
Woche ausgeführten Produkte betrug 7138 554 Dollars gegen
6721 132 Dollars in der Vorwoche.

New York, 14. April. Waarenbericht. Baumwolle in New-
York 7 1/2, do. in New Orleans 7 1/2, Petroleum Standard white
in New York 6,90, do. in Philadelphia 6,85, do. rohes (in Cases)
7,80, do. Pipe line certifikat, per Mai 122 nom. — Schmalz
Western Steam 5,25, do. Rohe u. Brotsche 5,50. — Rals Ten-
denz: fest, per April 37 1/2, per Mai 36 1/2, per Juni 37 1/2.
— Weizen. Tendenz: willig. — Winterweizen
78 1/2, Weizen per April 74 1/2, per Mai 72 1/2, per Juni 71 1/2,
per Sept. 71 1/2. — Getreidefracht nach Liverpool 1. — Kaffee
fair Rio Nr. 7 13 1/2, do. Rio Nr. 7 per Mai 13,10, do. Rio
Nr. 7 per Juli 12,40. — Weizen, Spring-Wheat, clear 2,65. —
Ruder 3 1/2, Kupfer 10,80, Zinn 13,80.

Chicago, 14. April. Weizen. Tendenz: willig, do. per April
64 1/2, do. per Mai 64 1/2. — Rals. Tendenz: fest, do. per April
29 1/2. — Schmalz per April 4,95, do. per Mai 4,97. —
Spek short clear 4,62 1/2. Bort per April 8,55.

Berlin, 16. April. Wetter: Trocken.
New York, 15. April. Weizen per April 75, per Mai 72 1/2.

Berliner Produktenmarkt vom 15. April.

Der hiesige Getreidemarkt ist wieder in außerordentliche Be-
stimmung gerathen. Der Verkehr bewegt sich auf allen Gebieten
in den denkbar engsten Grenzen und die Haltung ist eine gedrückte.
Bei fehlender äußerer Anregung ist übrigens die Abneigung gegen
jegliche Unternehmung ganz begründet und im Handel mit
Roggen haben wenige Realisirungen auf Mai hingereicht, um
eine weitere, nicht gerade geringe Preiskorrektur herbeizufüh-
ren. Für Weizen zeigte sich Angebot eigentlich nur auf
Septemberlieferung, die man billiger hergeben mußte, wodurch
auch der Werth naher Termine etwas benachtheiligt wurde.
Hafers Lito ziemlich preisfallend. Termine hielten sich aber
niedriger im Preise. Der Verkehr in Rüböl blieb zwar ganz
beschränkt, aber es scheint doch bessere Haltung Platz zu greifen.
Die Stimmung für Spiritus war heute minder gedrückt; die
Zufuhr ist schwach gewesen und ließ sich etwas höher verwerthen.
— Auch für Termine sind die Forderungen gesteigert worden, doch
ist sehr wenig umgegangen.

Weizen behauptet, Termine hauer. Gel. 100 Lo. —
Roggen Lito geringe Kaufkraft, Termine billiger verkauft. —
Mais Lito und Termine wenig verändert. Gel. 150 Lo. —
Hafers Lito unverändert, Termine etwas niedriger. — Roggen-
mehl billiger verkauft. — Rüböl Lito etwas fester. — Petro-
leum still. — Spiritus etwas fester.

Weizen Lito 150—164 R. nach Qualität gefordert, Mai
157,25—157 R. bez., Juni 156,50—156 R. bez., Juli 155,50 bis
155—155,25 R. bez., September 154—153,25 R. bez.

Roggen Lito 118—122 R. nach Qualität gefordert, Mai
120,50—120 R. bez., Juni 122—121,50 R. bez., Juli 123 bis
122,75—123—122,50 R. bez., September 124,25—123,75 R. bez.

Mais Lito 89—94 R. nach Qualität gefordert, April 88,50
R. bez., Mai 90—89,75 R. bez., Sept. 92,50 R. bez.
Gerste Lito per 1000 Kilogramm 113—170 R. nach Qual.
gefordert.

Hafers Lito 115—145 R. per 1000 Kilogr. nach Qualität
gefordert, mittel und guter ost- und westpreussischer 116—127 R.
bez., do. pommerscher, udermüßiger und medienburgischer 117
bis 128 R. bez., feiner preussischer, medienburgischer und pom-
merischer 130—137 R. ab Bahn bez., Mai 119,75—119,25 R. bez.,
Juni 120,50 R. bez., Juli 121,50 R. bez.

Erbsen. Rothwaare 143—160 R. per 1000 Kilogr. Futter-
waare 120—132 R. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen
145—160 R. bez.

Weizenmehl Nr. 00: 21,00—18,75 Mark bez., Nr. 0
und 1: 17,00—14,00 R. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,50
bis 15,75 Mark bez., April 16,15 R. bez., Mai 16,20 R. bez.,
Juni 16,35 R. bez., Juli 16,45 R. bez.

Rüböl Lito ohne Fuß 44,8 R. bez., Mai 45,3 Mark bez.,
Okt. 45,7 R. bez.

Petroleum Lito 19,60 R. bez., April 19,60 R. bez.
Spiritus unversteuert zu 50 R. Verbrauchsabgabe Lito
ohne Fuß — R. bez., unversteuert zu 70 R. Verbrauchsabgabe
Lito ohne Fuß 33,3 R. bez., Mai 39,1—39,2 R. bez., Juni 38,5
bis 38,5 R. bez., Juli 38,6—38,7 R. bez., August 38,8—38,9 R.
bez., Sept. 38,9—39,1 R. bez., Oktober 38,8—38,9 R. bez.

Kartoffelmehl April 14,25 R. bez.
Kartoffelschärfle, trockene, April 14,25 R. bez.
Die Reguierungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf
157 R. per 1000 Kilo, für Mais auf 88,50 R. per 1000 Kilo. (R. S.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 Mark 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden sächs. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franco, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskontwechsel v. 15. April				Finnische L...				Eisenbahn-Stamm-Aktien				Eisenb.-Prioritäts-Obligat.				Oeste de Minas				Wechselbank				Gummi Harz																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
Amsterd.	2 1/2	168,75 G.	London	2 1/2	20,44 bz	Paris	2 1/2	81,20 B.	Brüssel	4 1/2	169,60 bz	Frankfurt	5 1/2	74,85 bz	Hamburg	5 1/2	214,16 G.	Berlin	5 1/2	216,15 G.	Wien	3 1/2	135,40 G.	Madrid	3 1/2	132,90 bz	Lissabon	3 1/2	140,50 B.	Buenos Aires	3 1/2	39,25 bz	Santiago	3 1/2	23,10 G.	Valparaiso	3 1/2	175,90 bz	Montevideo	3 1/2	346,04 bz	Rio de Janeiro	3 1/2	151,40 bz	Porto Alegre	3 1/2	340,50 G.	Recife	3 1/2	131,40 bz	Salvador	3 1/2	92,60 bz	Fortaleza	3 1/2	192,50 B.	Joazeiro	3 1/2	170,70 G.	Montalva	3 1/2	110,00 G.	Alagoas	3 1/2	23,10 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	Paraíba	3 1/2	104,25 bz	Piauí	3 1/2	104,25 bz	Pernambuco	3 1/2	104,25 bz	